



Niederschrift über die Sitzung des Gemeinderats der Stadt Biberach - öffentlich -

am 16.05.2011

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 18:25 Uhr

Das Gremium besteht aus Oberbürgermeister und 29 Mitgliedern

Anwesend sind

Vorsitzender:

Herr Oberbürgermeister Fettback

Mitglieder:

Herr Stadtrat Abele	
Herr Stadtrat Aßfalg	
Herr Stadtrat Bode	
Herr Stadtrat Braig	
Herr Stadtrat Dr. Compter	
Herr Stadtrat Deeng	ohne TOP 8
Frau Stadträtin Drews	
Herr Stadtrat Dullenkopf	ohne TOP 4 - 7
Herr Stadtrat Funk	
Frau Stadträtin Goeth	
Herr Stadtrat Hagel	
Herr Stadtrat Heinkele	
Frau Stadträtin Kapfer	
Herr Stadtrat Keil	
Frau Stadträtin Kübler	
Herr Stadtrat Lemli	
Herr Stadtrat Prof. Dr. Nuding	
Herr Stadtrat Pfender	ohne TOP 8
Herr Stadtrat Rieger	
Herr Stadtrat Dr. Schmid	
Frau Stadträtin Sonntag	
Herr Stadtrat Späh	
Herr Stadtrat Walter	
Herr Stadtrat Weber	Ab TOP 2
Herr Stadtrat Wiest	

entschuldigt:

Herr Stadtrat Brenner
Frau Stadträtin Handtmann
Herr Stadtrat Herzhauser
Herr Stadtrat Zügel

Gäste:

Herr Rektor Pfab, Dollinger-Realschule bis TOP 4
Herr Rektor Schley, Mali-Werkrealschule bis TOP 4

Verwaltung:

Frau Appel, Schriftführung
Herr Ortsvorsteher Aßfalg, Stafflangen
Herr Beck, Forstamt
Herr Ortsvorsteher Boscher, Ringschnait
Frau Christ, Stadtplanungsamt bis TOP 8
Herr Fessler, Rechnungsprüfungsamt
Herr Kopf, Hochbauamt bis TOP 4
Herr Ortsvorsteher Krause, Mettenberg
Herr Bürgermeister Kuhlmann
Frau Ludwig, Ordnungsamt
Herr Ortsvorsteher Meier, Rißegg
Herr Morczinietz, Amt für Bildung, Betreuung und Sport
Herr Kulturdezernent Dr. Riedlbauer
Herr Walz, Gebäudemanagement
Herr Walz, Seniorenbüro ab TOP 9
Herr Erster Bürgermeister Wersch
Herr Wilk, Hochbauamt bis TOP 4

Tagesordnung

TOP-Nr.	TOP	Drucksache Nr.
1.	Öffentliche Vorberatung hat sich bewährt	
2.	Bürgerfragestunde	
2.1.	Bürgerfragestunde - Gestaltungsbeirat	
2.2.	Bürgerfragestunde - Unterschriftensammlungen	
2.3.	Bürgerfragestunde - Engagement der Fraktionen für die Bauhütte	
2.4.	Bürgerfragestunde - Radwege	
3.	Neubau Räumliches Bildungszentrum Sporthalle Entwurf und Kostenberechnung	61/2011
4.	Neubau Räumliches Bildungszentrum Kletterhalle Standort	62/2011
5.	Bebauungsplan und örtliche Bauvorschriften "Taubenplätzle" Behandlung der Stellungnahmen und Satzungsbeschluss	64/2011
6.	Bebauungsplan "Talfeld III" - Änderung eines Teilbereiches im vereinfachten Verfahren - Satzungsbeschluss -	47/2011
7.	Änderung des Bebauungsplanes "Fünf Linden I, II, III, - 1. Änderung" - Festsetzung eines Sondergebietes für Lebensmitteleinzelhandel	50/2011
8.	Änderung des Bebauungsplanes "Marktplatz/Königgässle, 1. Änderung" im vereinfachten Verfahren nach § 13 BauGB	59/2011
9.	Ausschreibung Stromlieferung für die Stadt Biberach	66/2011
10.	Dritter Teil des Maßnahmenplans zum Biberacher Altersleitbild durch den Stadt seniorenrat Biberach e.V.	49/2011
11.	Verschiedenes	
11.1.	Verschiedenes - Grünpfel Bergerhauser Straße/Ulmer Straße	
11.2.	Verschiedenes - Fahrradfahren gegen die Einbahnrichtung	

Die Mitglieder wurden am 05.05.2011 durch Übersendung der Tagesordnung eingeladen. Zeitpunkt und Tagesordnung der öffentlichen Sitzung wurden durch Veröffentlichung im Lokalteil der Schwäbischen Zeitung am 12.05.2011 ortsüblich bekannt gegeben.

TOP 1 Öffentliche Vorberatung hat sich bewährt

OB Fettback schickt voraus, viele Punkte der Tagesordnung würden heute schnell abgehandelt, worüber man sich als Zuhörer nicht wundern dürfe. Grund sei, dass viele der Punkte öffentlich in den Ausschüssen vorberaten worden seien. Dieses Verfahren habe sich bewährt.

TOP 2.1 Bürgerfragestunde - Gestaltungsbeirat

Herr Vollmer äußert die Bitte, bzw. empfiehlt, Entscheidungen des Gestaltungsbeirats für die Bürgerschaft nachvollziehbar zu machen und Protokolle des Gestaltungsbeirats öffentlich einsehbar zu machen. Er habe in der Sitzung zwar mitgeschrieben, dies könnte aber unter Umständen vom Protokoll abweichen, was Probleme vorprogrammieren würde.

OB Fettback lässt wissen, er habe sich mit dem Baudezernat kurzgeschlossen. Es sei keine Verheimlichung gewollt. Insgesamt handle es sich jedoch um ein nichtöffentliches Verfahren und nur der Teil der Gestaltungsbeiratssitzungen sei öffentlich. Das geäußerte Anliegen sei verständlich.

BM Kuhlmann fügt an, die Veröffentlichung habe Für und Wider. Die genannten Unklarheiten wolle man vermeiden. Daher werde künftig das Protokoll über die städtische Internetseite öffentlich gemacht. Das Baugenehmigungsverfahren sei damit aber nicht vollumfänglich öffentlich, sondern nur der Teil, der im Gestaltungsbeirat öffentlich beraten worden sei.

TOP 2.2 Bürgerfragestunde - Unterschriftensammlungen

Herr Wolfgang Heinzl trägt vor, der SPD-Ortsverein habe für die Kletterhalle 930 Unterschriften gesammelt. Er fragt, ob er diese Unterschriften jetzt übergeben dürfe.

Daraufhin meldet sich Frau Damla Sahin zu Wort und lässt wissen, sie habe 1132 Unterschriften für das Jugendhaus, die sie übergeben wolle.

OB Fettback meint, so viel Engagement verdiene Applaus, worauf applaudiert wird. Das Thema Kletterhalle stehe auf der Tagesordnung. Es gehe aber nicht um die Realisierung, sondern es sei überwiegende Gemeinderatsmeinung, dieses Projekt sollte vom Deutschen Alpenverein oder einem Investor, gegebenenfalls mit städtischem Zuschuss, realisiert werden. Zum Jugendhaus sei alles bekannt. Derzeit laufe die Untersuchung der Standortalternativen.

Er meint, es sei immer gut, wenn Menschen sich engagierten.

TOP 2.3 Bürgerfragestunde - Engagement der Fraktionen für die Bauhütte

Herr Beck bringt als Vorstandsvorsitzender der Bauhütte Simultaneum vor, der Gemeinderat sei sicher bibelfest und kenne das Gleichnis der Talente. Da die Bauhütte sich für die Renovierung der Stadtpfarrkirche einsetze und hierfür Geld benötige, sei man auf die Idee gekommen, dass jede Fraktion 100 Euro als Talent übernehme und diese Talente in einem festzulegenden Zeitraum abgegeben werden müssten. Ziel sei es, die Bauhütte publik zu machen und Schwung ins Thema zu bringen.

OB Fettback gibt zu verstehen, er benötige Bedenkzeit. Er dankt den Engagierten und bezeichnet die Stadtpfarrkirche als wichtiges Kulturdenkmal und Symbol der Stadt. Daher sei die Renovierung die Aufgabe aller Bürger.

TOP 2.4 Bürgerfragestunde - Radwege

Herr Heinz Maier dankt für die zügige Umsetzung des Radwegeteilstücks zum Freibad. Er bittet, den Ausbau des Radwegenetzes in gewohnter Weise fortzusetzen. In diesem Zusammenhang dankt er Frau Fischer vom Stadtplanungsamt, die sich für dieses Thema einsetze.

Er gibt ein versuchsweises Radfahrverbot in der Fußgängerzone zu überlegen.

Dann bringt er noch vor, die Durchfahrt beim Ulmer Tor sei in schlechtem Zustand und die Löcher müssten ausgebessert werden.

OB Fettback meint, man habe eine gute Lösung für Fahrradfahrer in der Fußgängerzone gefunden, die man nicht ohne Not aufgeben solle. Es gehe auch um die Erreichbarkeit der Innenstadt. Insgesamt lässt er wissen, man könne sich mit derartigen Anliegen gerne an die entsprechenden Servicestellen in der Stadt wenden. Wenn dort kein Erfolg mit Anliegen erzielt werde, könne man sich an ihn wenden und wenn dies nicht zielführend sei, die Bürgerfragestunde nutzen. Er dankt für den ausgesprochenen Dank durch Herrn Maier.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 61/2011 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und einstimmige Beschlussempfehlung erfolgte in öffentlicher Sitzung im Bauausschuss am 05.05.2011.

StRin Drews lässt wissen, die SPD-Fraktion sei teilweise noch nicht einverstanden, da immer noch Bedenken wegen des Grundwasserspiegels bestünden. Es sei eine zu tiefe Gründung vorgesehen. Sie habe daher die Befürchtung, dass es zu Wasserschäden komme, die enorme Kosten verursachen. Persönlich gefalle ihr an der Innengestaltung vor allem der Hof. Negativ an der Sporthalle sei, dass keine Schallabtrennung auf der Tribüne bestehe. In der Regel unterrichteten vier Kollegen parallel, was den Lärmpegel sehr hoch mache. Ihres Erachtens wäre es schon aus Fürsorgepflicht erforderlich, hier Vorkehrungen zu treffen. Ab Herbst werde ein neues Material zur optimalen Lösung des Schallschutzes auf dem Markt sein.

BM Kuhlmann erwidert, die Grundwasserproblematik habe man im Bauausschuss intensiv thematisiert und nehme die Bedenken sehr ernst. Grundproblem sei die dortige Höhenlage. Eine weisse Wanne habe die übliche Gewährleistungspflicht und man habe eigens ein zusätzliches Büro aufgrund dieser Problematik eingeschaltet. Technisch sei das Problem beherrschbar. Stelle man dies in Frage, müsste der Entwurf für die Schule und die Sporthalle völlig neu gedacht werden. Die Halle liege über dem Grundwasserspiegel, weshalb nur temporär eine Gefahr bestehe. Auch über die Schallproblematik habe man ausführlich diskutiert. Der vorgesehene Holzwerkstoff sei eine Akustikplatte und die Schallproblematik damit sehr gut in den Griff zu bekommen.

StR Heinkele signalisiert die Zustimmung der Freien Wähler. Er dankt für das Bemühen der Verwaltung, die Kosten nicht zu überschreiten. Angesichts der Nettobelastung der Stadt von 45 Mio. Euro sei dies wichtig, auch wenn manche der Maßnahmen ohnehin erforderlich geworden wären.

Er bemerkt noch, auch wenn die 100-Meter-Bahn vom Pausenhof verlagert werde, halte man einen Zaun zwischen Schulgebäude und dem Fuß- und Radweg für erforderlich. Ob eine Fußbodenheizung richtig sei in einer Sporthalle, in der Ballsport und Gymnastik betrieben werde, sei fraglich. Er kenne wenige Hallen mit einer derartigen Heizung und Hallen, die eine Fußbodenheizung hätten, könnten offensichtlich nicht unumschränkt genutzt werden. Er bittet auch, sich viel Zeit für die richtige Beschattung zu nehmen. Die bestehende Halle in Reute bei Bad Waldsee könne beispielsweise nachmittags zeitweise aufgrund der Temperaturentwicklung nicht genutzt werden.

StR Abele lässt wissen, auch die CDU-Fraktion habe Bauchschmerzen aufgrund des Hallenniveaus und sei skeptisch, was die Dichtigkeit betreffe. Es sei absolut notwendig, äußerste Sorgfalt in der Ausführung der Arbeiten zu gewährleisten, damit man nicht in einigen Jahren Wasserschäden habe. Die Kosten von insgesamt 45 Mio. Euro sehe man als absolute Obergrenze. Könnten diese nicht gehalten werden, müsse man sonstige Kosteneinsparungen überlegen.

OB Fettback dankt für die kritischen Hinweise, die man ernst nehme. Man bleibe im Gespräch. Mit dem Räumlichen Bildungszentrum schultere man ein riesiges Projekt für den Schulstandort. Man sei mit Kosten von 23 Mio. Euro gestartet und dann sei Dynamik in das Projekt gekommen, worauf man eine Kostenobergrenze von 45 Mio. Euro definiert habe. Man benötige bei diesem gro-

ßen Projekt den Gemeinderat als positiven und kritischen Begleiter. Man benötige und habe gute Mitarbeiter, denen er in diesem Zusammenhang danken wolle, wobei sein Dank insbesondere dem Baudezernat gelte, aber auch dem Finanz- und Wirtschaftsdezernat mit dem Amt für Bildung, Betreuung und Sport. Das Projekt binde finanziell und personell. Die anstehende Submission sei wichtig.

StR Hagel fragt, inwieweit man sich schon auf die Fußbodenheizung festgelegt habe oder ob diese Entscheidung noch verändert werden könne.

Herr Kopf lässt wissen, derzeit erfolge die abschließende Klärung der Fachingenieure.

BM Kuhlmann fügt an, normal falle diese Entscheidung in die Zuständigkeit der Verwaltung. Man könne dies aber gerne noch mit den Fraktionen besprechen und bilateral klären.

StR Braig meint, BM Kuhlmann habe im Bauausschuss erklärt, dass mit dem Lochblech maximal eine Hallentemperatur von 27 Grad erreicht werde.

BM Kuhlmann bestätigt dies. Man habe umfassende Simulationen durchgeführt und bei extrem heißen Tagen habe man 27 Grad erzielt.

Was den Zaun betreffe: dieser werde bei der Vorlage zur Schulhofgestaltung thematisiert.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat mit 2 Nein-Stimmen (StRinnen Drews, Kapfer) und restlichen Ja-Stimmen folgenden

Beschluss:

- 1. Der in Drucksache 61/2011 dargestellten Kostenberechnung wird zugestimmt.**
- 2. Die Finanzierung wird bei der Erstellung des HH-Plans 2012 auf Basis der zu diesem Zeitpunkt vorliegenden Erkenntnisse angepasst und dargestellt.**
- 3. Architekten und Fachingenieure werden mit den weiteren Planungs- und Betreuungsleistungen auch für die Sporthalle bis Leistungsphase 9 (Objektbetreuung und Dokumentation) beauftragt.**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 62/2011 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung erfolgte im Bauausschuss am 05.05.2011 und im Hauptausschuss am 09.05.2011. Beide Ausschüsse gaben eine einstimmige Beschlußempfehlung entsprechend dem Verwaltungsantrag ab.

BM Kuhlmann erläutert den Sachverhalt und lässt wissen, da noch verschiedene Modelle diskutiert werden müssten, was Zeit benötige, schlage man eine räumliche Entkopplung von der Sporthalle vor. Sonst bestehe die Gefahr, dass der Sporthallenbau sich verzögere oder ein Torso entstehe und man Raum für den Pausenhof verschenke. Mit der Entkopplung habe man die Möglichkeit, die Pausenhoffläche zu vergrößern. Es bestünden klare Vorstellungen zur Fassade und auch der Zugang könne eindeutig definiert und gestaltet werden. Dass eine Kletterhalle als Solitär günstiger werde sei darin begründet, dass beim vorliegenden Entwurf die Gebäudetiefe vorgegeben sei und damit auch der Grundriss und die Höhenlage. Dies sei kostentreibend. Eine ideale Kletterhalle habe einen anderen Grundriss und werde ebenerdig angelegt. Daher bestehe als Solitär die Möglichkeit, günstiger zu bauen. Man hoffe, jemanden zu finden, der dieses Projekt realisiere, was durch die Entkopplung einfacher werde und auch mehr Zeit zur Prüfung belasse.

OB Fettback betont, man wünsche den Standort der Kletterhalle definitiv in der Schul- und Sportmeile und auch eine zeitnahe Realisierung. Man werde auch den Standort in Nähe der Malischule, der von StRin Drews angesprochen worden sei, prüfen.

StR Abele lässt wissen, die CDU-Fraktion sei gegenüber der Kletterhalle immer sehr aufgeschlossen gewesen, habe aber auch verdeutlicht, dass nicht die Stadt Investor sein solle. Denkbar wäre ein Bau der Halle durch die Stadt, lieber sähe man es aber, ein Investor würde sie bauen. Insofern sei man deckungsgleich mit den Vorstellungen der Verwaltung. Eine Ansiedlung in der Schul- und Sportmeile sei wegen der Erreichbarkeit wichtig. Er bittet zu prüfen, ob sie innerhalb des Schulgeländes realisierbar sei.

StRin Kübler lässt wissen, ein Andocken an die Sporthalle sei Wunsch der SPD-Fraktion gewesen, da man sich hiervon Synergien versprochen habe. Man sei jedoch bereit, diesen Wunsch aufzugeben. Wichtig sei, dass ein Zweckbau entstehe und weniger eine Designerhalle. Man sei nach wie vor an einer zeitnahen Realisierung der Kletterhalle interessiert und fordere die Verwaltung auf, die Voraussetzungen hierfür zu schaffen. Wie die CDU-Fraktion sei man der Meinung, das Hauptengagement obliege Dritten und die Stadt sollte sich nur zeitlich einmieten und ein geeignetes Grundstück zur Verfügung stellen. Die Schul- und Sportmeile sehe man als geeigneten Standort und bitte, den Bereich um die Malisporthalle einzubeziehen und diese Überlegung mit den Schulleitern zu diskutieren.

StR Heinkele begrüßt es namens der Freien Wähler, dass Bewegung in die Diskussion der Kletterhalle komme. Auch die Freien Wähler fänden es schwer verständlich, dass ein Solitär günstiger werde. Auch er bezeichnet einen schulnahen Standort als wichtig. Mit der Vorlage sei man zufrieden, da nebenbei auch der Schulhof der Realschule größer gestaltet werden könne.

StRin Sonntag und die Grünen sehen die Chance, dass neuer Schwung in das Thema durch die Entkopplung kommt. Man müsse die Schulen für die Kletterhalle zur Nutzung im Schulsport sen-

sibilisieren und dabei auch die Schulen des Landkreises ansprechen. Sie finde es schade, dass keine Grundrissoptimierung am ursprünglichen Standort möglich sei. Die Kletterhalle sei Teil des Wettbewerbs gewesen, es sei jedoch kein befriedigendes Ergebnis vorgelegt worden. Sie habe daher den Eindruck, das Thema Kletterhalle sei nicht ernst genommen und daher keine guten Lösungen vorgelegt worden.

StR Braig meint, der Austausch mit dem potentiellen Betreiber sei wichtig gewesen. Bei der Planung müsse man auch städtebauliche und ästhetische Gesichtspunkte berücksichtigen. Da der Zeitplan des Räumlichen Bildungszentrums sehr engagiert sei und unbedingt eingehalten werden müsse, sei die Entkopplung gut. Aus Gründen der Gleichbehandlung meint er, dass die Kletterhalle auch mit städtischer Sportförderung versehen werden müsste und dass alles übrige Aufgabe des Deutschen Alpenvereins sei.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

Die Fläche südlich der geplanten Sporthalle im Räumlichen Bildungszentrum an der Hans-Liebherr-Straße wird nicht weiter für den Neubau einer Kletterhalle freigehalten. Die Sporthalle wird entsprechend nach Süden Richtung Hans-Liebherr-Straße verschoben. Die Kletterhalle wird bei Vorliegen der entsprechenden Voraussetzungen an einem anderen Standort realisiert.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 64/2011 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und einstimmige Beschlussempfehlung erfolgte im Bauausschuss am 05.05.2011.

OB Fettback verweist auf die öffentliche Vorberatung.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

- 1. Nach Abwägung der öffentlichen und privaten Belange untereinander und gegeneinander wird die Verwaltung ermächtigt, die jeweiligen Stellungnahmen den Vorbringern gem. § 3 Abs. 2 S. 4 BauGB mitzuteilen.**
- 2. Der Bebauungsplan "Taubenplätzle", Plan des Stadtplanungsamtes Nr. 850/21 vom 14.03.2011 Index 3 wird nach § 10 BauGB i. V. m. 4 GemO Baden-Württemberg als Satzung beschlossen.**
- 3. Die zusammen mit dem Bebauungsplan aufgestellten örtlichen Bauvorschriften i. d. F. vom 14.03.2011 werden nach § 74 LBO i. V. m. § 4 GemO Baden-Württemberg als Satzung beschlossen.**

**TOP 6 Bebauungsplan "Talfeld III" - Änderung eines Teilbereiches im vereinfachten Verfahren
- Satzungsbeschluss -**

47/2011

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 47/2011 zur Beschlussfassung vor.

Die Vorberatung und mehrheitliche Beschlussempfehlung erfolgte in öffentlicher Sitzung im Bauausschuss am 05.05.2011 auf die OB Fettback verweist.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat bei 2 Enthaltungen (StRe Sonntag, Weber) und restlichen Ja-Stimmen folgenden

Beschluss:

Nach Abwägung der öffentlichen und privaten Belange untereinander und gegeneinander wird der Bebauungsplan "Talfeld III" i. d. F. vom 20.12.2010 Index 5 nach § 10 BauGB i. V. m. § 74 LBO als Satzung beschlossen.

**TOP 7 Änderung des Bebauungsplanes "Fünf Linden I, II, III, - 1. Änderung " -
Festsetzung eines Sondergebietes für Lebensmitteleinzelhandel**

50/2011

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 50/2011 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und mehrheitliche Beschlussempfehlung erfolgte in öffentlicher Sitzung im Bauausschuss am 05.05.2011, auf die OB Fettback verweist.

StR Funk meint, der Verwaltungsvorschlag sei gerade noch in Ordnung. Wenn aber häufiger solche Veränderungen vorgenommen würden bestehe die Gefahr, dass niemand mehr derartige Ladenflächen bereitstelle.

OB Fettback erwidert, es sei eine Gratwanderung zwischen Ermöglichen und Steuerung im Sinne der Bürger.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Bebauungsplan "Fünf Linden I, II, III – 1. Änderung" vom 27.03.1995 wird für den gekennzeichneten Bereich, Lageplan des Stadtplanungsamtes, Plan-Nr. 11-048 vom 18.04.2011 gemäß § 13 BauGB geändert.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 59/2011 zur Beschlussfassung vor.

Die Vorberatung und mehrheitliche Beschlussempfehlung erfolgte im Bauausschuss am 05.05.2011 in öffentlicher Sitzung, auf die OB Fettback verweist.

StR Braig bringt vor, im Gestaltungsbeirat seien Probleme mit dem Aufgang auf der Rückseite thematisiert worden. Er fragt, was aus der barocken Treppe werde.

BM Kuhlmann bestätigt, man habe das Projekt im Gestaltungsbeirat andiskutiert. Viele Fragen seien noch offen, weshalb keine abschließende Beurteilung erfolgt sei. Wichtig sei, dass Abstand zum Haus Kleeblatt gehalten werde. Die konkreten Pläne lägen noch nicht vor. Man werde die angesprochenen Fragen in der weiteren Bearbeitung berücksichtigen. Bezüglich der barocken Treppe habe man einen Gutachter mit der denkmalgerechten Aufnahme beauftragt, was in Arbeit sei.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat bei 2 Nein-Stimmen (StRe Dr. Schmid, Weber), 2 Enthaltungen (StRe Drews, Dullenkopf) und restlichen Ja-Stimmen folgenden

Beschluss:

Der Bebauungsplan "Marktplatz/Königgässle, 1. Änderung" vom 30.11.1998 wird im gekennzeichneten Bereich des beigefügten Lageplans (Lageplan des Stadtplanungsamtes, Plan-Nr. 11-049 vom 18.04.2011) gemäß § 13 BauGB geändert.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage 1** beigefügte Drucksache Nr. 66/2011 zur Beratung vor. Die Vorberatung erfolgte im Hauptausschuss am 09.05.2011. Dabei wurde eine abweichende Beschlussempfehlung abgegeben, die dieser Niederschrift als **Anlage 2** (Drucksache Nr. 66/2011-1) beigefügt ist.

OB Fettback lässt wissen, man habe die Gemeindeprüfungsanstalt nach der Hauptausschusssitzung eingeschaltet, da Herr Walz aufgrund der Alternativausschreibung ein Störgefühl bekommen habe. Die GPA halte eine Alternativausschreibung nicht für möglich. Als Begründung werde angeführt, dass es für die einzelnen Alternativen unterschiedlich günstige Bieter geben könnte, weshalb eine Entscheidung zwischen zwei oder drei Jahren erforderlich sei.

StR Dullenkopf versteht diese Haltung nicht, man akzeptiere sie aber und stimme daher für den Verwaltungsvorschlag. Man sei einverstanden mit der Ausschreibung eines 30-prozentigen Anteils qualifizierten Ökostroms, da damit nicht die Mieter des Eigenbetriebs Wohnungswirtschaft belastet würden.

Herr Walz versucht die Begründung der GPA gegen eine Alternativausschreibung zu erläutern.

StR Lemli lässt wissen, die SPD-Fraktion sei ohnehin für eine Laufzeit von zwei Jahren mit Verlängerungsoption um ein Jahr gewesen und stimme zu.

StR Heinkele erklärt sich namens der Freien Wähler ausdrücklich einverstanden mit einem 30-prozentigen Anteil Ökostrom. Dem Antrag auf drei Jahre mit Verlängerungsoption um ein Jahr habe die Überlegung zugrundegelegen, dass Strom tendenziell eher teurer werde und man es daher als sinnvoller erachte, eine längere Laufzeit auszuschreiben. Er **beantragt**, eine Laufzeit von drei Jahren mit Verlängerungsoption um ein Jahr auszuschreiben.

StR Späh zeigt sich namens der Grünen froh, dass ein Anteil mit Ökostrom ausgeschrieben werde. Für die Laufzeit finde man zwei Jahre mit einem Jahr Verlängerungsoption richtig, da der Energiemarkt im Fluss sei und man vermutlich schon in zwei Jahren völlig neue Vertragsbedingungen vorfinden werde. Man hätte sich auch einen höheren Ökostromanteil vorstellen können, sei aber mit diesem Kompromiss einverstanden. Dadurch entstehende Mehrkosten seien für die Zukunft der Erde und der Stadt eine sehr gut angelegte Investition.

StR Funk gibt zu verstehen, die FDP-Fraktion habe die klare Meinung, dass es in Ordnung sei, Steuergelder für regenerative Energien aufzuwenden. Man sei aber schon immer der Meinung, dass die Steuergelder dort eingesetzt werden müssten, wo am meisten CO₂-Einsparung erzielt werde. Seine Fraktion habe den Antrag gestellt, alternativ eine Variante ohne Ökostrom auszuschreiben, um festzustellen, wo das Geld optimal eingesetzt würde. Dieser Antrag habe aber keine Mehrheit gefunden. Dem Vorschlag, dass der Oberbürgermeister die Vergabe tätige stimme man zu. Wichtig sei, ob für Ökostrom mit dem genannten Label auch wirklich etwas Zusätzliches für die Umwelt getan werde. Er bittet, dies zu überprüfen. Die Aussage der Gemeindeprüfungsanstalt könne er nicht nachvollziehen. Er meint, wenn man kein Wahlrecht mehr bei einer Ausschreibung habe, laufe etwas schief. Daher **beantragte** er, dennoch die alternative Laufzeit auszuschreiben.

Herr Walz beziffert die Kosten der Ausschreibung auf Frage auf ca. 8.000 Euro.

OB Fettback lässt wissen, es sei noch geplant, vor der Sommerpause mit der e.wa riss zu überlegen, wo man bezüglich regenerativer Energien stehe und welche Ziele man formulieren werde.

StR Heinkele meint, wenn man Bedenken habe solle man nicht dem Antrag von Herrn Funk folgen, da ein Streitfall teurer werden könnte.

Der **Antrag der Freien Wähler** eine Laufzeit von drei Jahren mit Verlängerungsoption um ein weiteres Jahr auszuschreiben wird mit 8 Ja-Stimmen (StRe Bode, Braig, Compter, Funk, Goeth, Heinkele, Rieger, Zügel), 14 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen **abgelehnt**.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat bei 3 Nein-Stimmen (StRe Bode, Braig, Funk), 1 Enthaltung (StR Rieger) und 22 Ja-Stimmen folgenden

Beschluss:

- 1. Die Stromlieferung für die Abnahmestellen der Stadt wird europaweit ausgeschrieben.**
- 2. In die Ausschreibung aufgenommen werden:**
 - **Eine Laufzeit von 2 Jahren mit der Verlängerungsoption um ein weiteres Jahr**
 - **gefordert wird ein einheitlicher Arbeitspreis für alle Abnahmestellen in Los 1 und Los 2**
 - **für die Abnahmestellen Schulen und Stadthalle wird mit einem Label qualifizierter Ökostrom ausgeschrieben; dies entspricht einem Gesamtanteil von ca. 30 %**
- 3. Die Vergabeentscheidung wird vom Gemeinderat auf den Oberbürgermeister übertragen. Der Gemeinderat wird über das Ergebnis informiert.**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 49/2011 zur Information vor.

OB Fettback dankt dem Stadtseniorenrat, an seiner Spitze StRin Goeth und StR Wiest sowie dem hauptamtlichen Ansprechpartner Herrn Walz für das Geleistete. Er äußert die Hoffnung, dass viele der Maßnahmen gelängen. Der Maßnahmenplan sei ein wichtiges Thema und komme leider noch nicht überall an.

StRin Goeth führt aus, der Stadtseniorenrat arbeite die Maßnahmen parallel ab. 25 Maßnahmen seien bereits umgesetzt bzw. in Arbeit. Beispielsweise hätten sich fünf Senioren gemeldet, die einen Student mietfrei aufnehmen würden und 113 Studenten der Hochschule hätten prinzipielles Interesse an diesem Objekt bekundet. In manchen Themen sei man nicht so erfolgreich. Beispielsweise sei die Absicht, einen Stuhl im Reisezentrum der Deutschen Bahn aufzustellen, gescheitert. Man dürfe nur ein Hinweisschild aufstellen, dass Gehbehinderte einen Stuhl vom Personal erbitten dürften. Dies liege nicht an der mangelnden Bereitschaft des Personals vor Ort, sondern von der Bahn sei entsprechende Weisung aus Ulm ergangen. Die bisherigen Maßnahmen habe der Stadtseniorenrat ohne finanzielle Unterstützung der Stadt umsetzen können. Nun liege erstmals die Bitte vor, zu prüfen, ob weitere Sitzmöglichkeiten in der Innenstadt geschaffen werden könnten.

Es wird applaudiert.

OB Fettback lässt wissen, wenn es dienlich sei, würde er den Stuhl für den Bahnhof aus seinen Projektmitteln spenden.

Er wünscht dem Stadtseniorenrat weiterhin Erfolg bei der Arbeit und appelliert, sich nicht entmutigen zu lassen.

Damit hat der Gemeinderat Kenntnis genommen.

TOP 11.1 Verschiedenes - Grünpfeil Bergerhauser Straße/Ulmer Straße

StR Rieger bringt vor, an der Kreuzung Bergerhauser Straße/Ulmer Straße sei der Grüne Pfeil entfernt worden. Er erkundigt sich nach den Gründen hierfür.

StR Wiest lässt wissen, die Stelle sei gefährlich gewesen, da viele nicht angehalten hätten. Überdies kämen Fußgänger und Fahrradfahrer oft von der falschen Seite.

StRin Goeth zeigt wenig Verständnis für diese Entscheidung, da dieses Problem an jeder Kreuzung bestehe. Dort kreuzten kaum Fußgänger. Fußgänger querten an der weitaus gefährlicheren Ecke an der Bergerhauser Straße.

OB Fettback scheinen die Argumente zur Entfernung des Grünpfeils nachvollziehbar, da die Straße eine scharfe Biegung mache und der Weg dahinter nicht einsehbar sei.

TOP 11.2 Verschiedenes - Fahrradfahren gegen die Einbahnrichtung

StR Späh fragt, ob die angekündigte Ausschilderung, wonach in Einbahnstraßen in der Gegenrichtung mit dem Fahrrad gefahren werden dürfe, bereits umgesetzt sei.

Frau Appel lässt wissen, die Umsetzung erfolge Zug um Zug durch das Baubetriebsamt.

Gemeinderat, 16.05.2011, öffentlich

Zur Beurkundung:

Vorsitzender:	OB Fettback
Stadtrat:	Wiest
Stadtrat:	Keil
Schriftführerin:	Appel
Gesehen:	EBM Wersch
Gesehen:	BM Kuhlmann